



Hans-Joachim Otto, MdB
Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien
des Deutschen Bundestages
Mitglied des Bundesvorstandes der FDP
Vorsitzender der FDP-Kommission für Internet und Medien
Platz der Republik 1, D-11011 Berlin
☎ (030) 227 – 73690
✉ (030) 227 – 76690
Internet: www.hans-joachim-otto.de
✉ hans-joachim.otto@bundestag.de

Pressemitteilung

22. November 2006

Otto: Koalition zementiert "Lex Telekom"

Zur Einigung der Koalition bei der TKG-Novelle erklärt der Telekommunikationsexperte der FDP-Bundestagsfraktion, Hans-Joachim OTTO:

Die Einigung der Koalition zum Telekommunikationsgesetz (TKG) ist eine Zementierung der "Lex Telekom". Der Wettbewerb bei der Nutzung des V-DSL-Netzes bleibt auf der Strecke. Es besteht noch stärker die Gefahr, daß durch die Regulierungsferien einem staatsnahen Unternehmen Marktanteile geschenkt werden, die es im fairen Wettbewerb an Konkurrenten verloren hat.

Besonders dreist ist die Behauptung von Schwarz-Rot, die Wettbewerbsausnahme sei europarechtskonform. Die EU-Kommission droht immer massiver mit einem Vertragsverletzungsverfahren. Eine derartige europarechtliche Realitätsverweigerung hätte man nicht einmal der großen Koalition zugetraut. Ebenso schwerwiegend ist der aggressive Kollisionskurs, den die Bundesregierung trotz der anstehenden EU-Ratspräsidentschaft in Richtung EU-Kommission angesteuert hat.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht sind drohende jahrelange nationale und europäische Rechtsstreitigkeiten ein Investitions- und Beschäftigungshemmnis, die unbedingt verhindert werden müssen. Damit Entscheidungen getroffen, Wachstum generiert und Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert werden können, braucht es dringend Klarheit und Sicherheit über den zukünftigen Rechtsrahmen. Das jedoch rückt durch die Unbelehrbarkeit der Koalition in weite Ferne.

Für die FDP ist es unbestritten, daß den Unternehmen, die Investitionen in den Netzaufbau tätigen, eine angemessene Risikoprämie zusteht. Dafür reicht der geltende Rechtsrahmen aus. Eine zusätzliche "Lex Telekom" braucht man mit Sicherheit nicht. Der Bundeswirtschaftsminister muß endlich aus seinem ordnungspolitischen Tiefschlaf erwachen und dem wettbewerbswidrigen Treiben der Koalitionäre ein Ende bereiten. Sonst muß er während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in Brüssel die wettbewerbspolitischen Scherben zusammenkehren.